



Ratsgruppe im Rat der Stadt Wuppertal

Es informiert Sie Elke von der Beeck
Anschrift Rathaus Barmen
 42275 Wuppertal

Telefon (0202) 595808
Fax (0202)
E-Mail elke-von-der-beeck@wtal.de

Datum 06.05.2004

Drucks. Nr. **VO/2970/04**
 öffentlich

**Herrn Oberbürgermeister
Dr. Hans Kremendahl**

Antrag

Zur Sitzung am	Gremium
19.05.2004	Hauptausschuss
24.05.2004	Rat der Stadt Wuppertal

Antrag auf Einrichtung einer gentechnikfreien Region auf freiwilliger Basis durch die LandwirtInnen in Wuppertal und im angrenzenden Umland

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Der Rat der Stadt Wuppertal möge beschließen:

Die *Stadt Wuppertal* wendet sich an alle LandwirtInnen und an die VerpächterInnen von landwirtschaftlichen Flächen auf ihrer Gemarkung und dem angrenzenden Umland mit dem Ziel, eine freiwillig vereinbarte gentechnikfreie Region einzurichten. Zu diesem Zweck wird sie eine Veranstaltung zum Informationsaustausch durchführen.

Begründung und Erläuterung:

Mit Ausnahme von Spanien, wo auf einer Fläche von 25 000 Hektar gentechnisch veränderter Mais kommerziell angebaut wird, wachsen Gentech-Pflanzen erst versuchsweise auf europäischen Feldern.

Das könnte sich vielleicht schon dieses Jahr ändern. Denn das EU-Moratorium, das seit 1998 eine Neuzulassung von Gentech-Pflanzen verhindert hat, ist starkem politischen Druck ausgesetzt. Würde es fallen, wäre auch in Deutschland ein großflächiger Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen möglich. Ob es dazu kommt, hängt von zwei Faktoren ab: der Bereitschaft der Bauern, transgenes Saatgut auszubringen und der Bereitschaft der KonsumentInnen, gentechnisch veränderte Lebensmittel zu kaufen.

Voraussichtlich für zwei verschiedene gentechnisch veränderte Pflanzen wird den LandwirtInnen als erstes Saatgut zum Verkauf angeboten werden:

- für Raps, der gegen ein Total-Herbizid resistent ist; die gentechnische Veränderung befähigt ihn, die Anwendung eines Pflanzenvernichtungsmittels zu überstehen, das jeglichen anderen Bewuchs der Fläche beseitigt, und
- für Mais, der gentechnisch so verändert ist, dass er in jedem Teil der Pflanze ein Gift produziert, das Insekten, die von ihm fressen, tötet. Der so genannte Bt-Mais nach dem *bacillus thuringiensis*, aus dem das dem Mais eingepflanzte Gen stammt)

Die weit überwiegende Mehrheit der deutschen und europäischen VerbraucherInnen sieht in den Gentech-Pflanzen keinen Nutzen, der es rechtfertigt, die menschliche Gesundheit und die Vielfalt in der Natur den Risiken der Technologie auszusetzen. Vier von fünf BürgerInnen lehnen den Einsatz der Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion ab. Da gleichzeitig kein/e VerbraucherIn fordert, gentechnisch veränderte Nahrungsmittel angeboten zu bekommen, will auch der überwiegende Teil der LebensmittelverarbeiterInnen und –händlerInnen gentechnikfreie Rohstoffe haben.

Zur Zeit befindet sich die europäische Landwirtschaft in einer außerordentlich günstigen Marktposition: Sie kann die Nachfrage nach garantiert gentechnikfreien Produkten bedienen – und das nicht nur für den EU-Binnenmarkt mit bald 470 Millionen Verbrauchern, sondern auch für den asiatischen und den US-Markt. Damit verfügt sie gegenüber den Hauptanbauländern von Gentech-Pflanzen über einen Wettbewerbsvorteil, den sie sich unbedingt bewahren sollte. Denn in den USA, Kanada und Argentinien ist der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen bereits so weit fortgeschritten, dass es dort wegen der vielfältigen Vermischungswege - Pollenflug in der Natur, Vermengung bei Aussaat und Ernte, bei Lagerung, Transport und Verarbeitung - beinahe unmöglich geworden ist, gentechnikfreie Produkte herzustellen. Die Folge: Für die FarmerInnen dieser Länder haben sich wichtige Märkte verschlossen – Märkte, auf denen unsere heimischen LandwirtInnen nun exklusive Chancen genießen.

Sollte es in Deutschland zum kommerziellen Anbau von Gentech-Pflanzen kommen, dann ist auch bei uns mittelfristig eine flächendeckende gentechnische Kontamination (Verunreinigung) von konventioneller und ökologischer Landwirtschaft zu befürchten und unvermeidbar. Besonders betroffen wären diejenigen Bundesländer, in denen Landwirtschaft auf kleinstrukturierten Flächen betrieben wird. Eine Wahlfreiheit für LandwirtInnen und VerbraucherInnen wäre damit nicht mehr gegeben.

Hinzu kommt, dass die derzeit in der politischen Abstimmung befindlichen Gesetze erwarten lassen, dass es zu Konflikten zwischen Landwirten kommt, wenn Äcker von gentechnikfrei wirtschaftenden LandwirtInnen, durch Pollenflug von Äckern, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen bestellt sind, kontaminiert werden.

Ein einfacher Weg, die Ernten vor gentechnischer Verunreinigung zu schützen, ist die Einrichtung möglichst großräumiger gentechnikfreier Regionen. Rechtlich ist dies möglich auf der Basis freiwilliger Vereinbarungen, die die Bauern miteinander abschließen. Vorreiter waren hier elf konventionell und vier biologisch wirtschaftende Bauern, die sich in Mecklenburg-Vorpommern mit Unterstützung des Deutschen Bauernverbandes im November 2003 zur gentechnikfreien Region „Warbel-Recknitz“ zusammengeschlossen haben. Weitere gentechnik-freie Zonen sind eingerichtet oder in Entwicklung. Doch nicht nur die LandwirtInnen haben einen Nutzen von gentechnikfreien Regionen, sondern auch die VerpächterInnen landwirtschaftlicher Flächen. Denn der Wert des Bodens kann vermindert werden, wenn dort verbleibende Gentech-Samen eine Umstellung auf gentechnikfreie Produktion über Jahre unmöglich machen. Auch deshalb haben fast alle

evangelischen Landeskirchen auf ihren Flächen ein Verbot des Anbaus von Gentech-Pflanzen empfohlen.

Da solche Vereinbarungen gleichermaßen im wirtschaftlichen Interesse von LandwirtInnen und VerpächterInnen sind und obendrein zeitlich befristet werden können, sollte es auch in Wuppertal möglich sein, einen entsprechenden Konsens zwischen den Betroffenen herzustellen.

Ende 2003 veröffentlichte Untersuchungsergebnisse aus Großbritannien zeigen einen dramatischen Rückgang von Insekten- und Vogelpopulationen durch den Einsatz von Totalherbiziden in den Gentech-Kulturen. Es liegt deshalb nicht nur im Interesse der LandwirtInnen, sondern der Öffentlichkeit insgesamt, solche Technologien zu vermeiden.

Folgende Gesichtspunkte sprechen für die Einrichtung einer gentechnikfreien Region:

- unübersehbare Kosten, die durch die Agro-Gentechnik auf die LandwirtInnen zukommen, können vermieden werden
- Vermarktungsprobleme, die z.B. für ÖkolandwirtInnen entstehen, können verhindert werden
- dem zu erwartenden Vertrauensverlust bei den VerbraucherInnen, besonders bedeutsam bei Direkt- oder regionaler Vermarktung kann entgegengewirkt werden
- bestehende Märkte können erhalten werden
- die bäuerliche Unabhängigkeit gegenüber den Saatgutfirmen bleibt erhalten
- Konflikte zwischen den Nachbarschaften zu Haftungsfragen können vermieden werden
- Unnötige massive Risiken für Mensch und Natur werden vermieden

Ratsgruppe der PDS

Elke von der Beeck (Stadtverordnete)
(Stadtverordneter)

Gerd-Peter Zielezinski